



Die Arbeit geht weiter und wir freuen uns darauf!

Von Gerburg Benneker

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung im September wurde ein neuer Vorstand für ein halbes Jahr gewählt. In diesem Rundbrief möchten wir uns vorstellen, Ihnen einen Überblick über die Arbeit im zu Ende gehenden Jahr und Sie über den aktuellen Stand und über Zukünftiges informieren. Nach über zehn Jahren ist es immer wieder wichtig, die Ziele und Konturen des Vereins neu zu gestalten und diesen Aufgaben möchten wir uns stellen. An dieser Stelle auch nochmals einen Dank an die ehemaligen Vorstandsmitglieder: Kurt Eschert, Gabriele Metzner und Dagmar Steinhaus, die die geleistete Arbeit des Vereins mit hohem Einsatz über die letzten Jahre getragen haben.



Der neue ÖgG-Vorstand: Annette Vesper, Ite Richter, Suna Cicek, Gerburg Benneker, Michael Tunc (v.l.n.r.)

Erfreulicher Weise ist die kommunale Förderung für das AntiDiskriminierungsbüro (ADB) mit dem Schwerpunkt der Beratung für das kommende Jahr gesichert. ÖgG bleibt als unabhängige Anlaufstelle für diskriminierte Personen in Köln bestehen. Unsicher dagegen ist die Landesförderung NRW, die es uns im letzten Jahr vor allem ermöglichte, politisch landes- und auch bundesweit aktiv zu sein (z.B. Kampagne zum Antidiskriminierungsgesetz). Definitiv wird die Förderung von insgesamt sechs ADB's in NRW gekürzt, möglicherweise werden einige von ihnen komplett aus dem Förderprogramm gestrichen. Anfang nächsten Jahres werden wir wissen, ob wir weiter dabei sind.

Der Mülheimer Dialog, der Konfliktlösung im Stadtteil und Weiterbildungen für Multiplikator/-innen anbietet, wird im diesem Jahr zu Ende laufen. Auch wenn der neutrale Ansatz des MD's seinen eigenen Stellenwert innerhalb des Vereins hatte, so betonen wir mit dem Ausscheiden des Projekts den bewusst parteilichen Einsatz von ÖgG für diskriminierte und benachteiligte Mitbürger/-innen.

Das vom Bund finanzierte Projekt „Gleiche Bildungs- und Arbeitschancen für junge MigrantInnen“ wird wahrscheinlich 2004 weiterlaufen und kann damit seine Arbeit in drei Stadtteilen von Köln erfolgreich beenden.

Mit diesen Projekten leistete der Verein mit vier Mitarbeiter/-innen und einem vom Arbeitsamt geförderten Mitarbeiter für die Büroorganisation im letzten Jahr professionelle Arbeit, um Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen präventiv und konkret entgegen zu wirken. Vor allem möchten wir uns für das hohe Engagement und für die absolut verlässliche und vertrauenswürdige Arbeit der Mitarbeiter/-innen bedanken.

Die politische Einflussnahme und Einmischung in der Kölner Migrations- und Flüchtlingspolitik, u.a. durch Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit, ist ein Schwerpunkt von ÖgG und soll es für uns auch weiterhin bleiben.

Mit den z.T. höher werdenden Eigenanteilen, die ÖgG für die Projekte zahlen muss, und der zunehmenden Kürzung von öffentlichen Zuschüssen werden wir vom Vorstand mehr denn je auf eine soweit wie möglich stabile Finanzgrundlage des Vereins achten müssen. Eine Benefizveranstaltung ist bereits für das nächste Frühjahr geplant.

Eine weitere Aufgabe liegt uns besonders am Herzen. Wir möchten neue Mitglieder gewinnen, die die Ziele des Vereins unterstützen und sich aktiv in unsere Arbeit einbringen. Hierfür müssen wir

zunächst Strukturen schaffen, damit neben der professionell geleisteten Arbeit auch Ehrenamtliche motiviert werden, sich bei ÖgG zu engagieren. Dies ist vor allem für die zukünftige Lebendigkeit und Entwicklung des Vereins unbedingt erforderlich.

Mit diesen Aufgaben starten wir in das neue Jahr und freuen uns auf Ihre Unterstützung. Im März 2004 wird ein neuer Vorstand für ein Jahr gewählt. Sich für ein friedliches, gleichberechtigtes, von Toleranz geprägtes Leben in unserer Gesellschaft einzusetzen, ist und bleibt das Ziel von „Öffentlichkeit gegen Gewalt (Köln) e.V.“

Unsere besten Wünsche!

von Gabriele Metzner

Wachsamkeit und Gespür für das Klima des Zusammenlebens in Köln und die Möglichkeiten ihrer Veränderung, für kleine und große Ungerechtigkeiten gegenüber Menschen ohne deutschen Pass, Weitblick und Durchhaltevermögen im alltäglichen Kleinkram, Glück und Erfolg – das alles sind Wünsche aus dem alten an den neuen Vorstand!

Nachdem Kurt Eschert und ich nun seit mehreren Jahren in der Vorstandsarbeit engagiert waren, konnten jetzt NachfolgerInnen gefunden werden, die sich mit Schwung bereits seit September in ihre neuen Aufgaben einarbeiten. Ich freue mich besonders, dass Gerburg den Vorsitz übernommen hat und dass sie mit den StellvertreterInnen Annette und Michael ein eng kooperierendes und zuverlässiges Dreierteam bilden kann. Zusätzlich werden die Beisitzerinnen Suna und Ite ihnen im erweiterten Team nach Kräften unter die Arme greifen.

Im letzten Jahr war die Arbeit sehr umfangreich geworden. Mit drei großen Projekten im AntiDiskriminierungsbüro (ADB), für das



überfällige deutsche Antidiskriminierungsgesetz und gegen die zunehmende Verhärtung der Flüchtlingspolitik in Köln (s. Kasten).

Letztere scheint nur der hässliche Vorreiter einer sich bundesweit europaweit radikalierenden Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik zu sein. Unter dem Deckmantel geringerer Ressourcen in Zeiten wirtschaftlichen Stillstands oder dem Trend angeblicher Terrorbekämpfung propagiert und durchgesetzt, stößt diese Politik auf beschämend schwachen Widerstand.

Wo Arbeitslosigkeit, Haushaltsdefizite, soziale Kürzungen, besonders Kürzungen in der Jugendarbeit in aller Herzen und Munde sind, gerät Migrations- und Flüchtlingsarbeit schon mal leicht ins Abseits.

Als wenn davon nicht genauso Menschen betroffen sind, die hier gearbeitet haben oder aufgewachsen sind, die ihre Beiträge geleistet haben oder in Zukunft leisten könnten, wenn man sie nur ließe bzw. wenn man ihnen nur die gleichen Rechte zuerkennen würde: Menschenrechte.

Genau hier aber muss jetzt umso mehr unser Name als Motto greifen, „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ zu schaffen, indem unermüdet an die Öffentlichkeit gezerzt wird, was sonst zu versinken droht: Die ungleichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Nichtdeutschen, die auf Grund ihres fehlenden Wahlrechts daran gehindert sind, sich selbst angemessen zu vertreten.

Dabei wünschen wir allen Vorständen und Mitarbeitern Glück! Alle Mitglieder und Freunde des Vereins bitten wir, dem neuen Vorstand das Vertrauen und die Unterstützung entgegen zu bringen, die bei der vielfältigen ehrenamtlichen Arbeit immer notwendiger werden. Wir bedanken uns ganz herzlich für die Hilfe, die wir besonders im zu Ende gehenden Jahr von so vielen bekommen haben. Wir danken für die moralische Unterstützung, die konkrete Mitarbeit, die finanziellen Spenden (mit denen wir eine drohende Insolvenz erfolgreich abwenden konnten!), die Solidarität bei der Verfolgung unseres Vereinszwecks, nämlich „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ zu schaffen.

Es wird weitergewurschtelt: Kölner Flüchtlingspolitik 2003

von Gabriele Metzner

Nach der Auflösung des Containerlagers in Kalk gab es eine nicht mehr vorstellbare Verschlechterung der Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Containerschiff „Transit“(!). Versprechen, dort nur Neuzugänge und keine Kinder unterzubringen und die Dauer auf maximal 6 Monate zu beschränken, wurden gebrochen. 200 Personen, die Hälfte davon Kinder, waren auf dem Schiff, z.T. in erstickender Hitze und unter unhaltbaren hygienischen Bedingungen, zusammengepfercht.

Heftige Proteste und ein Koalitionsabkommen der CDU mit den Grünen haben im September 2003 zumindest die Abschaffung dieses ärgsten Schandflecks bewirkt, den sich die Stadt übrigens wegen der vermeintlichen Abschreckungswirkung einiges kosten ließ. Ein menschenwürdiger Ersatz dafür aber ist noch lange nicht in Sicht.

Die Kriminalisierung von Roma, besonders Kindern, bleibt mehr denn je das Steckpferd der Kölner FDP-Fraktion. Sie kann sich, im engen Verbund mit der CDU und der Kölner Presse und Polizei, auf die Fahnen schreiben, gleichzeitig durch unmenschliche Unterbringung die Lebensbedingungen für kriminelle Karrieren von Kindern und Jugendlichen gefördert, die öffentliche Stimmung aufgeheizt und populistisch nach drakonischen Strafen gerufen zu haben. Zuletzt hat sie – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – geschafft, auch SPD und Grüne vor ihren Karren zu spannen mit der Forderung nach geschlossener Heimunterbringung. Man streitet sich nur noch um Begriffe – den politischen „Erfolg“, endlich einmal richtig durchzugreifen, werden sich FDP und CDU teilen. Dass es sich um einen Versuch, um eine kleine Gruppe von minderjährigen Delinquenten, um eine sehr kostspielige Nachsorge statt Prävention, jedenfalls nicht um die

ohnein unerlaubte geschlossene Unterbringung handelt – wen interessiert das noch. SPD und Grüne werden derweil nicht müde, die damit angeblich verbundene „intensive sozialpädagogische Betreuung“ hervorzuheben. Zwangsweise soll eine Handvoll Kinder jetzt einer speziellen Behandlung zugeführt werden, nachdem jahrelang die Verantwortung für ihr Aufwachsen vernachlässigt wurde.

Das ganze Trauerspiel des Streits um den besten – sprich rigidesten – Umgang mit auffällig gewordenen Kindern, für deren Lebensbedingungen die Stadt verantwortlich ist, lässt sich in den Ratsprotokollen und den Meldungen in der Kölner Presse nachlesen. Zuletzt aber kam eine Praxis der Kölner Polizei ans Tageslicht auch über die überregionale Presse (taz und Frankfurter Rundschau): Mädchen werden seit Jahren gezwungen, sich ihrer Unterwäsche zu entledigen, um mit eventuellen Verschmutzungen ihre Verwahrlosung fotografisch zu dokumentieren und dann den Eltern die Verletzung ihrer Fürsorgepflicht vorwerfen zu können. Die Sonderkommission „Tasna“ steht unter dem Erfolgsdruck, den die Polizeiführung selbst mit erzeugt hat.

Ob sich allerdings mit diesen schamlosen Methoden und dieser Politik der Ausgrenzung und Abschreckung erfolgreich Wahlwerbung machen lässt, werden die Wähler entscheiden: 2004 sind Kommunalwahlen in Köln. Entscheidend sind dabei auch alle privaten und Vereins-Initiativen wie z.B. die von ROM e.V., kein mensch ist illegal, Kölner Appell und nicht zuletzt ÖgG, die in ihrem bürgerschaftlichen Protest und Widerstand nicht nachlassen werden. In diesem Sinne ein erfolgreiches Neues Jahr 2004!



Widerstand zwischen Kaimauer und dem schwimmenden Containerlager



Antidiskriminierungsarbeit auf breiter Basis

von Susanne Laaroussi



Andreas Grentz (ÖgG-Verwaltung), Susanne Laaroussi (ADB),
Banu Bambal (entimon), Muharrem Açikgöz (ADB) (v.l.n.r.)

Das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln von ÖgG wird nun mittlerweile im dritten Jahr mit kommunalen Mitteln gefördert und hat damit einen festen Platz in Köln als unabhängiger Träger neben Caritas und der städtischen Antidiskriminierungsbeauftragten bekommen. Diese Arbeit hat laut Förderbedingungen den Schwerpunkt Fallberatung. Das Selbstverständnis von ÖgG – und des ADB – geht aber deutlich darüber hinaus. Daher ermöglichte uns die Landesförderung ab 2003, eine Basis für eine weiter reichende Antidiskriminierungsarbeit zu schaffen.

Die Vernetzung der nun insgesamt sechs durch Landesmittel geförderten ADBs in NRW hat eine effiziente Struktur hervorgebracht, die bundesweit bislang einzigartig ist. Dies ermöglichte uns auch, eine landesweite Kampagne „Leben ohne Rassismus – Antidiskriminierungsgesetz jetzt!“ durchzuführen. Hierbei spielt das ADB Köln eine zentrale Rolle (Redaktion des Kampagnen-Flyer und der Broschüre „Antidiskriminierungsarbeit in NRW“, mehr als zwei Drittel der gesamten Unterschriften für ein Antidiskriminierungsgesetz). In Köln konnte das ADB eine Vielzahl von Organisationen aus dem Migrations-/Antirassismusbereich vernetzen in der Kampagne „Köln gegen Rassismus – Köln für ein Antidiskriminierungsgesetz jetzt!“. Daraus entwickelte sich im Laufe des Jahres auch eine Vernetzung mit Organisationen gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung, des Alters oder einer Behinderung. Auf den bisher stattgefundenen „Bürger/-innen -Treffen Vielfalt statt Diskriminierung“ wurde u.a. ein Forderungskatalog erarbeitet, der bei der Formulierung eines Antidiskriminierungsgesetzes berücksichtigt werden soll und der das erste Ergebnis der Zusammenarbeit von über 20 Organisationen verschiedenster diskriminierter Bevölkerungsgruppen ist.

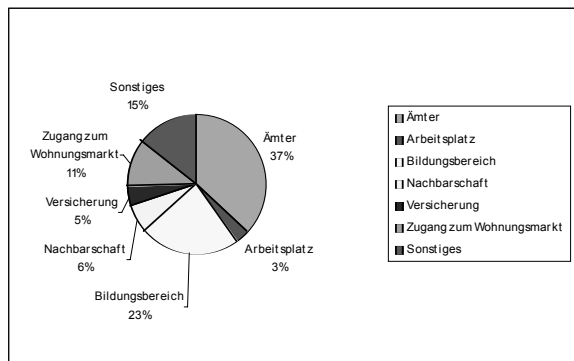
Damit ist dem ADB Köln als erster AD-Einrichtung gelungen, diesen sog. horizontalen Ansatz, der auch von der EU-Kommission in ihren Antidiskriminierungsrichtlinien bevorzugt wird, umzuset-

zen. Dieser Ansatz erweist sich als unverzichtbar, wenn es Menschen zu unterstützen gilt, die durch mehrere Diskriminierungsgründe betroffen sind. Zudem macht er deutlich, dass Antidiskriminierungspolitik weniger zu tun hat mit „Migrationspolitik“, als vielmehr mit einer an Gleichstellung orientierten Bürgerrechtspolitik.

Zentrale Bereiche des ADB sind nach wie vor die Stärkung der Zielgruppe von Menschen mit Migrationshintergrund, gesellschaftliche Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit über Medienberichte, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Vorträge auf Veranstaltungen – mittlerweile auch bundesweit – sowie Fortbildung von Multiplikatoren und Bündelung der gesellschaftlichen Kräfte in Netzwerken, um die Antidiskriminierungsarbeit auf eine breite Basis zu stellen. Dieses Jahr kam es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Studierendenvertretungen in Köln sowie Bochum, was gemeinsame Veranstaltungen und auch die Beratung von Diskriminierungsfällen anbelangt.

Im Rahmen des sog. „Kölner Drei Säulen-Modell“, d.h. der Koordinierung zwischen der Antidiskriminierungsbeauftragten im Interkulturellen Referat, der Caritas und dem ADB von ÖgG – bisher bundesweit die einzige dieser Art – haben sich trotz der

u n t e r -
s c h i e d l i c h e n
A n s ä t z e
S c h n i t t s t e l l e n
g e f u n d e n ,
w i e
z . B .
d i e
F o r m u l i e r u n g
e i n e r
V e r w a l t u n g s r i c h t l i n i e



gegen Diskriminierung. Andererseits hat sich das ADB in diesem Jahr als erfolgreiche Beratungsstelle auch auf regionaler Ebene bekannt gemacht. Die Diskriminierungsfälle in unserer Beratung nach Bereichen:

Die Weiterfinanzierung des ADB aus Landesmitteln für 2004 ist noch ungewiss aufgrund der Haushaltskürzungen und unserer begrenzten Eigenmittel. Für eine Antidiskriminierungspolitik im Großraum Köln mit seinem sehr hohen Anteil an MigrantInnen wäre eine Streichung aus der Landesförderung ein herber Rückschlag.

Sie können die Kampagne „Leben ohne Rassismus – Antidiskriminierungsgesetz jetzt!“ mit Ihrer Unterschrift unterstützen. Im Internet finden Sie ein Onlineformular unter www.nrwgegendiskriminierung.de; ein Link führt auch von der Internetseite von ÖgG (www.oegg.de) dorthin. Die Broschüre „Antidiskriminierungsarbeit in NRW“ sowie weitere Materialien zum Thema können in der Geschäftsstelle angefordert werden.



Herkunft prägt Bildungschancen

von Banu Bambal

„Gleiche Bildungs- und Arbeitschancen für junge Migrantinnen und Migranten“ ist ein auf drei Jahre angelegtes Projekt des AntiDiskriminierungsBüro (ADB) von Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. und hat das Ziel, konkrete Probleme von jungen Migrantinnen und Migranten in Köln – sowohl in den verschiedenen Schulformen als auch beim Übergang von der Schule zum Ausbildungs- und

entimon

gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Arbeitsmarkt – zu untersuchen. Das Projekt wird im Rahmen des Programms „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

„In keinem anderen in der Studie untersuchtem Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen so ausgeprägt wie in Deutschland.“

„Die PISA Ergebnisse erklären die hierzulande lebenden Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien zu den Verlierern im Wettlauf um Bildungserfolg.“

(Auszüge aus der Dokumentation Entimon)

Bildung und Ausbildung sind zentrale Förderinstrumente für die berufliche und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Von einer Angleichung an die Bildungs- und Ausbildungssituation gleichaltriger deutscher Jugendlicher kann keineswegs gesprochen werden. Beim Schulbesuch, bei den Schulabschlüssen und in der beruflichen Ausbildung besteht noch ein gravierender Rückstand, wenngleich gerade für das langfristige Gelingen des gesellschaftlichen Integrationsprozesses dem gesamten Bildungs- und Qualifizierungssystem eine Schlüsselrolle zukommt.

Die Ursachen für mangelnden Erfolg von jungen Menschen mit Migrationshintergrund sowohl in der schulischen als auch in der beruflichen Bildung wurden bisher fast ausschließlich auf

individuelles Versagen, „kulturelle Fremdheit“ oder gar mangelnde Integrationsbereitschaft zurückgeführt. Viel zu selten ist bisher diese gewohnte Betrachtungsperspektive umgedreht und der Blick auf die Rolle der Institution Schule bei der Verteilung des öffentlichen Gutes „Bildung“ gerichtet worden – viel zu selten ist bisher die gesamte Bandbreite schulpolitischer Strategien, Strukturen, Programme und Arbeitsweisen der einzelnen Schulen, die solche eklatanten Differenzen hervorbringen, in den Mittelpunkt politischer und öffentlicher Diskussionen gerückt.

Auf der Basis dieser Erkenntnisse und der Ergebnisse der PISA-Studie, die in Deutschland eine längst überfällige Diskussion um das deutsche Bildungssystem und seinen Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgelöst haben, wurde das Projekt konzipiert und setzt sich u.a. zum Ziel, die hinter solchen Effekten liegenden Diskriminierungsmechanismen zu ermitteln, lokale Netzwerkstrukturen zur Bekämpfung der Bildungs- und Ausbildungsbenachteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund im Bildungs- und Beschäftigungsbereich auf- und auszubauen und Betroffene durch konti-

„Offiziell existiert diese Struktur der sozialen Auslese nicht. Offiziell heißt es, dass jeder die gleichen Bildungschancen haben soll. Aber unterschwellig laufen gewaltige Prozesse der sozialen Selektion, die sich offiziell als Prozess der Leistungsauslese tarnen.“

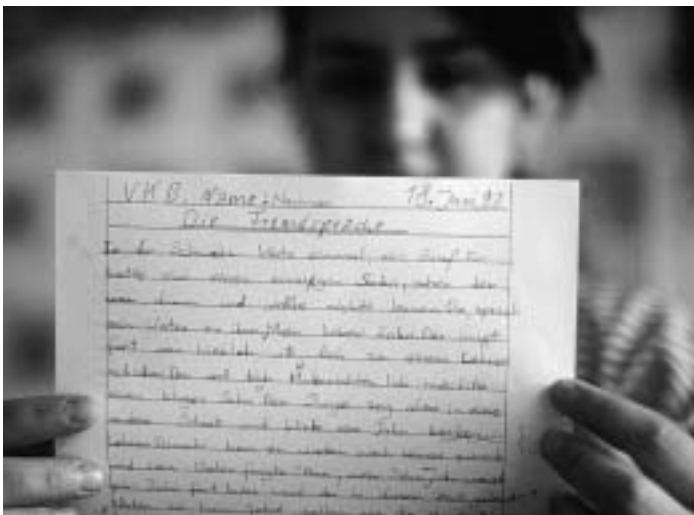
(Klaus-Jürgen Tillmann,
Erziehungswissenschaftler und Mitglied des PISA-Konsortiums)

nuierliche professionelle Beratung zu unterstützen. Darüber hinaus konnten wir durch unsere Netzwerkaktivitäten in den Stadtteilen Mülheim, Kalk und Porz Strukturen für die Durchführung konkreter Projekte schaffen, wie etwa die Initiierung eines Schülercafés und die Einrichtung eines Mutter-Deutschkurses.

Die bereits zu einem recht frühen Zeitpunkt in der Bildungslaufbahn von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nachweisbaren institutionellen Benachteiligungen setzen sich beim Übergang von der Schule in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem fort. Diese Barrieren und Ausgrenzungsmechanismen, die den Übergang von Lehrstellensuchenden mit Migrationshintergrund von der Schule in eine betriebliche Ausbildung erschweren, stehen im letzten Jahr des Projektes im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Unsere bisherigen Erkenntnisse über das erhöhte Selektionsrisiko an den zentralen Nahtstellen des deutschen Schulsystems für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben wir in Form einer Dokumentation zusammengestellt und werden sie noch in diesem Jahr veröffentlichen.

Bei Interesse kann die Dokumentation in der Geschäftsstelle des Vereins angefordert werden.
Verfügbar sind ebenso Broschüren und andere Materialien zum Thema.



Außerordentliche ÖgG-Mitgliederversammlung am 24. September 2003

Auszüge aus dem Protokoll:

„Es müssen vermehrt die Instrumente des Fundraisings genutzt werden, um die eigene Finanzbasis des Vereins zu stärken. Zum Beispiel könnte eine Benefizveranstaltung durchgeführt werden, die einen Teil des Defizits ausgleichen könnte. Eine Zuleitung von Bußgeldern an ÖgG etwa (die primär durch persönliche Kontakte befördert werden kann) konnte in diesem Jahr bis dato nicht verzeichnet werden.“

„Gabriele Metzner stellt folgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Mitgliederversammlung fordert alle Mitglieder auf, persönliche Kontakte zu nutzen, um Spendenmöglichkeiten und Zuschussmöglichkeiten zu erschließen, damit die Zukunft des Vereins auf sicheren Füßen steht. Dies gilt insbesondere für Kontakte zu Richtern wegen Bußgeldzuweisungen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.“

„Es müssen Wege gefunden werden, sinnvolle und für alle Seiten gewinnbringende Möglichkeiten der ehrenamtlichen Mitarbeit an den – hochprofessionellen – Projekten des Vereins zu entwickeln. Ein Instrument dazu könnte (...) das Angebot fachbezogener Praktika darstellen.“

Die Struktur des bereits seit 2002 etablierten ÖgG-Treffs für EhrenamtlerInnen und Interessierte soll vom neuen Vorstand überdacht werden.

Periodische Veröffentlichungen an die Mitgliedschaft (Rundbriefe) und darüber hinaus sollen zu größerer Präsenz von ÖgG beitragen. Der gleichen Zielsetzung soll auch eine Benefizveranstaltung dienen.“

„Insgesamt stellen aber Inaktivität und mangelndes Engagement, so die übereinstimmende Meinung, nicht nur ein Problem in Vereinen dar, sondern sind ein allgemein soziales Phänomen.“



**Möchten Sie über den E-mail Verteiler über unsere Arbeit auf dem Laufenden gehalten werden?
Haben Sie Interesse an ehrenamtlicher Mitarbeit?
Stimmt Ihre Anschrift noch?**

- Ich möchte in den regelmäßigen e-mail Verteiler aufgenommen werden.
Besonders interessiert bin ich an Informationen zu folgenden Themen:

.....

Die e-mail-Adresse lautet:

.....

- Ich interessiere mich für eine ehrenamtliche Mitarbeit in den Bereichen:

.....

Möchten Sie uns etwas mitteilen, Kritik üben, Anregungen geben? Hier ist Raum dafür:

.....

Absender:

.....

.....

Bitte dieses Blatt an das ÖgG-Büro schicken oder faxen.

**Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern,
bei den Freunden und Freundinnen unseres Vereins
und allen, die uns auf welchem Wege auch immer
im nun ausgehenden Jahr unterstützt haben
und wünschen
eine friedliche Weihnachtszeit
und ein gutes Jahr 2004!**



Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.
Keupstr. 93, 51063 Köln

Telefon: 0221 - 510 18 47
Telefax: 0221 - 952 11 26
e-mail: oegg@netcologne.de
Internet: <http://www.oggev.de>



Bürozeiten:
Montag - Donnerstag 10 - 16 Uhr
Freitag 10 - 13 Uhr

Spendenkonto:
Kontonummer: 300 20 37,
BLZ: 370 501 98, Stadtparkasse Köln